

Fragile Energiewende

Wo ein Windpark in Planung ist, regt sich oft Protest. Dabei kann ohne Akzeptanz vor Ort die Energiewende nicht gelingen. Die Sozialwissenschaftlerin Jannika Mattes hat in verschiedenen Regionen erforscht, welche Bedingungen zum Erfolg von Windenergieprojekten führen.



An vielen Stellen in Deutschland entstanden in den vergangenen Jahren Windparks, zum Teil auch in der Nähe von Siedlungen. Der hier abgebildete Ort Mörsdorf in Rheinland-Pfalz wurde durch die Windmühlen sehr wohlhabend. Foto: AdobeStock / leesle

Gerade auf lokaler Ebene entscheidet sich, wie gut die Energiewende tatsächlich gelingt, ist Prof. Dr. Jannika Mattes überzeugt. Fünf Jahre lang hat die Sozialwissenschaftlerin mit einer interdisziplinären Emmy Noether-Forschungsgruppe im Projekt „Regionaler Energiewandel: Die sozialen Aushandlungs-, Normierungs- und Lernprozesse im Windenergiesektor“ (REENEA) zum regionalen Umgang mit der Energiewende gearbeitet und kürzlich der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ihren Abschlussbericht vorgelegt. „Die Energiewende erfordert es, dass heute in viel mehr Regionen als früher Strom produziert wird“, sagt Mattes. Denn während

einst in nur wenigen Kommunen Kraftwerke standen, erzeugen heute neben Solaranlagen und Biogaskraftwerken insbesondere Windparks Strom dezentral in Gemeinden in ganz Deutschland. Mattes und ihr Team haben daher in sechs Regionen – Oldenburg, Hamburg, Magdeburg, Nordhessen, Nordfriesland und in der Uckermark – jeweils 25 bis 30 Interviews mit Menschen geführt, die an Windkraft-Projekten beteiligt sind. Dazu gehörten etwa Unternehmerinnen, Kommunalpolitiker und Mitglieder von Bürgerinitiativen. Außerdem haben die Forschenden vor Ort Beobachtungen gemacht, Dokumente analysiert und auf überregionaler

Ebene mit Akteurinnen und Akteuren in Berlin, Brüssel und Hannover gesprochen. Die sechs qualitativen Einzelfallstudien wurden schließlich miteinander verglichen: Wie prägen normative Erwartungen, regionale Debatten und lokale Akteursnetzwerke die Umsetzung von Windenergieprojekten in der jeweiligen Region?

„Der Prozess der Energiewende bleibt fragil“

„Der Prozess der Energiewende bleibt fragil“, resümiert Mattes und veranschaulicht die Probleme anhand von

drei Beispielen. So könne erstens jede Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene die regionalen Planungen massiv beeinflussen. Als etwa 2017 feste Einspeisevergütungen für Windenergie Ausschreibungen weichen mussten, konnten viele kleine regionale Windkraft-Projektierer nicht mehr mithalten – sie mussten den großen überregionalen Anbietern Platz machen. Der zweite Aspekt betrifft die Wasserstoffwirtschaft. Zwar wird sie von Entscheidungsträgern in der Politik gepriesen, doch Unternehmen in Deutschland leiden unter unklaren Rahmenbedingungen. Hersteller, die für die Beschleunigung der Energiewende eigentlich in die Kopplung der bisher noch überwiegend getrennten Sektoren Wärme, Mobilität und Elektrizität investieren müssten, wandern stattdessen ins Ausland ab oder orientieren sich anderweitig um, heißt es in der Studie weiter. Drittens kann der Ausbau erneuerbarer Energien ins Stocken geraten, wenn leicht plan- und nutzbare Flächen wie große Wiesenlandschaften fehlen. „In vielen Regionen rücken neue Windparks näher an Städte heran oder werden in Wäldern errichtet. Doch diese Flächen sind umstritten“, sagt Mattes. Dies führe unweigerlich zu sozialen Konflikten vor Ort und zur Frage, wie Akzeptanz für solche Projekte entstehen kann.

Akzeptanz speist sich aus einer Vielzahl an Faktoren

Die Frage, inwieweit Menschen Windkraftanlagen in ihrer Gemeinde akzeptieren, spielte in den Untersuchungen immer wieder eine große Rolle. Zur Legitimierung der Anlagen sollen eigentlich Naturschutz-, Lärm-, Schattenwurf- und andere Gutachten beitragen. Doch immer mehr Menschen genügen diese Gutachten nicht

als Basis, um die Anlagen zu akzeptieren. Wie aber lassen sich Kritiker überzeugen?

Die Ergebnisse der Studie geben auch hierüber Aufschluss, auch wenn Mattes betont, „kein Patentrezept“ zu haben. So sei lokale Wertschöpfung fundamental, etwa durch Bürgerwindparks und Ähnliches. Auch die Gewerbesteuer habe großen Einfluss auf die Akzeptanz: In Bundesländern, in denen die Standortkommunen einen höheren Steueranteil am mit Windkraftanlagen erwirtschafteten Gewinn erhalten, akzeptierten die Leute die Anlagen eher als in Ländern, wo nur ein kleiner Teil der Steuer vor Ort bleibt. Zudem vertrauten viele Menschen lokalen Betreiberfirmen und Projektentwicklungsbüros mehr als Unternehmen von auswärts. „Wenn die Leute sagen, ‚das ist einer von uns‘, ist die Chance höher, dass ein Windkraftprojekt erfolgreich umgesetzt wird“, so Mattes. Zu guter Letzt seien transparente Prozesse und echte Dialogbereitschaft bei der Planung vorteilhaft, weil die Bürgerinnen und Bürger sich mit ihren Interessen dann eher wahrgenommen fühlen. Diese Grundsätze gelten laut Studie regionsübergreifend, auch wenn sich Akzeptanz nicht mechanisch „herstellen“ lässt – sie speist sich aus einer Vielzahl an Faktoren, und jede Region weist dabei eigene Dynamiken auf.

Ihre Arbeit zu diesem Schwerpunkt setzt Mattes fort. Im Folgeprojekt WindGISKI etwa erforscht sie soziale Dynamiken und Konflikte, die entstehen, wenn Menschen um die Legitimität von Windenergiestandorten ringen. Auch an Projekten des Energie-Forschungszentrums Niedersachsen (EFZN) wird Mattes beteiligt sein. Hier widmet sie sich unter anderem sozialwissenschaftlichen Fragen rund um den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft – und damit einer weiteren Herkulesaufgabe, vor der die Gesellschaft bei der Umsetzung der Energiewende steht. (hk)